



## **Sitzungsniederschrift**

Gremium : **Ausschuss für Umwelt und Energie**

Sitzungsort : **Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Donnerstag, 06.04.2006**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **19:05 Uhr**

**Vorsitz: Frau Marita Brommann**

**Teilnehmer:**

Herr Oliver Bäumker

bis 18.50 Uhr, Vertreter für Frau Lesting

Herr Antonius Brinkmann

bis 17.50 Uhr

Herr Andreas Hahner

Herr Franz-Josef Helmers

Vertreter für Herrn Hagemeier

Frau Cornelia Klima-Bunte

Frau Barbara Köß

Frau Hiltrud Krause

Herr Wolfgang Sibbing

Herr Thomas Späker

Frau Manuela Steuer

Herr Karl-Josef Strothmeier

Herr Paul Tegelkämper

Herr Hans-Gerhard Voelker

**Verwaltung:**

Herr Heinz Becker

Herr Frank Hauke, Techn. Beigeordneter

Herr Norbert Tigges

**Schriftführerin:**

Frau Heike Demmin

**Gäste:**

Herr Michael Hütig

**es fehlten entschuldigt:**

Herr Hubert Bleß

Herr Daniel Hagemeier

Frau Elisabeth Lesting

## Inhaltsverzeichnis

<b>Öffentliche Sitzung</b>	<b>Seite:</b>
1. Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers	3
2. Bestellung einer Schriftführerin Vorlage: B 2006/IV/0751	3
3. Befangenheitserklärungen	3
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.06.2005	4
5. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Bereitstellung städtischer Dachflächen für Fotovoltaikanlagen Vorlage: B 2006/011/0749	4
6. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Teilnahme der Stadt Oelde am European Energy Award Vorlage: B 2006/011/0748	5
7. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FWG auf Änderung des Flächennutzungsplans hinsichtlich der Höhen- begrenzung für Windenergieanlagen Vorlage: B 2006/IV/0764	6
8. Antrag der FDP-Fraktion "Gelbe Karte" Oelde - eine saubere Stadt Vorlage: B 2006/IV/0765	6-7
9. Sachstandsbericht Energie in städtischen Gebäuden - Entwicklung 2005 Vorlage: M 2006/632/0768	7
10. Einsatz alternativer Energien (Pellets) am Beispiel der Norbert-Schule in Lette Vorlage: M 2006/632/0769	7-8
11. Anlegung eines Feuchtbiotops im Baugebiet Stromberg Vorlage: M 2006/661/0770	8
12. Verschiedenes	9
12.1. Mitteilungen der Verwaltung	9
12.2. Anfragen an die Verwaltung	9

Die Vorsitzende Frau Brommann begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und eröffnet die Sitzung. Da Herr Sibbing nicht mehr als sachkundiger Bürger als Mitglied des Ausschusses fungiert sondern als Ratsmitglied, ist sein Nachfolger Herr Thomas Späker als sachkundiger Bürger zu verpflichten. Frau Brommann bittet deshalb, die Tagesordnung zu erweitern.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Tagesordnung um den neuen Tagesordnungspunkt 1

### **Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers**

zu erweitern.

### **Öffentliche Sitzung**

#### **1. Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers**

Frau Brommann begrüßt den sachkundigen Bürger Herrn Thomas Späker als neues Mitglied des Ausschusses und führt ihn in sein Amt ein indem sie ihn zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Dazu spricht Herr Späker folgende Verpflichtungsformel: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohl der Gemeinde erfüllen werden.“

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **2. Bestellung einer Schriftführerin Vorlage: B 2006/IV/0751**

Gem. § 52 GO (Gemeindeordnung) und der Geschäftsordnung des Rates bzw. seiner Ausschüsse sind über die gefassten Beschlüsse Niederschriften aufzunehmen. Hierfür sind Schriftführerinnen/Schriftführer vom Rat bzw. den Ausschüssen zu bestellen. Aufgrund der geänderten Aufgabenverteilung innerhalb des Baudezernates ist es erforderlich, für den Ausschuss für Umwelt und Energie eine weitere Schriftführerin zu benennen. Die Verwaltung schlägt vor, Frau Heike Demmin zur Schriftführerin zu bestellen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss bestellt einstimmig gem. § 52 GO Frau Heike Demmin zur Schriftführerin.

#### **3. Befangenheitserklärungen**

Es erklärt sich niemand für befangen.

#### 4. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.06.2005**

##### **Beschluss:**

Der Ausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung vom 16.06.2005.

#### 5. **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Bereitstellung städtischer Dachflächen für Fotovoltaikanlagen** **Vorlage: B 2006/011/0749**

Frau Köß erläutert des Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Dachflächen städtischer Gebäude für die Nutzung durch Fotovoltaikanlagen zur Verfügung zu stellen (siehe Anlage).

Herr Tegelkämper hält es für wichtig, den Antrag gründlich zu prüfen. So müssten die Dachflächen ausreichend groß sein und der Belastung Stand halten können. Er ist der Ansicht, dass insbesondere Landwirte vielleicht bessere Möglichkeiten für derartige Anlagen hätten. Die Fraktion habe sich Gedanken darüber gemacht, welche städtischen Gebäude in Frage kommen könnten und sei zu der Empfehlung gelangt, versuchsweise die Karl-Wagenfeld-Schule bzw. das Lambertushaus in Stromberg vorzuschlagen. Man könne wie der Kreis Warendorf verfahren, der neben dem Entgelt für den Bearbeitungsaufwand von 100 € und 2 % der Netto-Einspeisevergütung die Abgabe von Angeboten gefordert habe. Die Betreiber müssten zudem sämtliche Kosten und Risiken übernehmen.

Auch Herr Völker erklärt sich mit einem Versuch einverstanden und erkundigt sich vor dem Hintergrund des Neuen Kommunalen Finanzmanagements nach dem rechtlichen Aspekt.

Herr Hauke führt aus, dass für die Stadt keine Kosten, keine Haftung und kein Risiko entstehen dürfe und dies in den Verträgen entsprechend berücksichtigt werden muss.

Frau Krause erklärt sich ebenfalls mit dem Vorschlag von Herrn Tegelkämper einverstanden.

Herr Voelker erkundigt sich, ob die Dachflächen der Aula des Thomas-Morus-Gymnasiums ebenfalls in Frage kommen.

Frau Brommann teilt mit, dass die Lokale Agenda 21 sich mit der Thematik beschäftigt habe. Demnach könnten grundsätzlich die Albert-Schweitzer-Schule, die Karl-Wagenfeld-Schule und die Theodor-Heuss-Schule für Fotovoltaikanlagen genutzt werden.

Herr Becker ergänzt, dass viele der städtischen Gebäude nach Süd-Osten bzw. Süd-Westen ausgerichtet seien. Der Vorteil der Karl-Wagenfeld-Schule sei, dass sie eine klar gegliederte Dachfläche habe, dass ein weiterer Ausbau nicht wahrscheinlich sei und dass das Dach im Fall eines Schadens sehr gut von unten begehbar sei. Er schätzt, dass in den nächsten 20 Jahren nicht mit einer Sanierung zu rechnen sei. Teile des Daches der Aula des Thomas-Morus-Gymnasiums hingegen müssten in den nächsten Jahren saniert werden. Bei der Installation von Fotovoltaikanlagen könne es dann zu Problemen kommen.

Frau Krause schlägt vor, im Zuge der Sanierungsarbeiten ggf. erneut eine Fotovoltaikanlage in Erwägung zu ziehen.

##### **Beschluss:**

Der Ausschuss beschließt einstimmig, zunächst die Dachflächen der Karl-Wagenfeld-Schule für Fotovoltaikanlagen zur Verfügung zu stellen.

**6. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Teilnahme der Stadt Oelde am European Energy Award**  
**Vorlage: B 2006/011/0748**

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt die Teilnahme der Stadt Oelde am European Energy Award (EEA). Frau Köß erläutert den Antrag (siehe Anlage). Sie begrüßt die bereits erreichten Fortschritte, warnt aber vor steigenden Kosten für Energie und sinkenden Ressourcen.

Herr Tegelkämper spricht sich für seine Fraktion insbesondere aus Kostengründen gegen die Teilnahme aus. Hinter der Organisation verberge sich eine GmbH, die von den Kommunen mitfinanziert werden müsse. In Oelde sei durch sinnvolle Maßnahmen des Servicedienstes Hochbau schon viel erreicht worden. Er bittet die Verwaltung, auch bei zukünftigen Maßnahmen stets zu prüfen, welche Möglichkeiten es zur Energieeinsparung gebe. Herr Tegelkämper schlägt vor, mit Hilfe eines Modellprojektes regelmäßig zu berichten, wie mit der Thematik verfahren werde. So könne man Erfahrungen sammeln.

Auch Herr Voelker lehnt den Antrag ab. Er zitiert die Förderrichtlinien und welche Leistungen die Stadt im Fall einer Teilnahme erbringen müsste.

Herr Hahner ist der Ansicht, dass beim EEA zuviel Geld für Beratungen ausgegeben werde.

Frau Brommann stellt sich vor, dass die Öffentlichkeit mehr für die Thematik Energie und Umwelt sensibilisiert soll. Im Stadtentwicklungskonzept sei das Thema nur eines von vielen. Sie meint, dass die Arbeitskreise sich hierüber Gedanken machen sollten.

Frau Köß regt an, dass die Thematik noch mehr in das kommunale Handeln einfließen soll. Die Teilnahme am EEA könne hier moderierend helfen und einen Rahmen schaffen.

Herr Hauke weist darauf hin, dass es Alternativen zum EEA gebe, so z.B. die Energieberatung oder Berater der Energieagenturen.

Laut Herrn Becker werden durch die Energieagentur durch Referenten und Vorträge viele Themen abgedeckt. So seien beispielsweise mit Erfolg die Hausmeister gezielt für die Energieeinsparung geschult worden.

Nach weiterer Diskussion zieht Frau Köß den Antrag zurück.

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Arbeitskreise des Stadtentwicklungskonzepts zu bitten, sich mit der Thematik Umwelt und Energie intensiv auseinander zu setzen.
2. Die Mittel der Haushaltsstelle „6010.620500 Energiewirtschaftliche Maßnahmen der Stadt Oelde“ in Höhe von 10.000 € werden bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung für die gewissenhafte Inanspruchnahme für Beratungsleistungen freigegeben.

**7. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FWG auf Änderung des Flächennutzungsplans hinsichtlich der Höhenbegrenzung für Windenergieanlagen**

**Vorlage: B 2006/IV/0764**

Frau Köß führt aus: Die Fraktionen stellen einen gemeinsamen Antrag zur Änderung des Flächennutzungsplans (siehe Anlage). Die Festsetzungen des Flächennutzungsplans begrenzen die Gesamthöhe für Windenergieanlagen, die nur in Konzentrationszonen errichtet werden dürfen, bisher auf 100 m. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FWG beantragen, in der Konzentrationszone Keitlinghausen Anlagen mit einer Gesamthöhe von bis zu 150 m zu ermöglichen.

Herr Tegelkämper erinnert an die seinerzeit geführte Diskussion zur 100 m-Grenze. Durch die Entscheidung des Rates sei vielerorts Ruhe eingekehrt – so auch bei Nachbarstreitigkeiten. Andere Gemeinden im Kreisgebiet hätten sich ebenfalls für diese Höhenbegrenzung entschieden. Er hält die Landschaft und das Landschaftsbild für schützenswert und lehnt aus diesem Grund den Antrag für seine Fraktion ab. Die Ankündigung des Betreibers, statt einer großen Anlage drei kleinere zu bauen, hält er nicht für glaubhaft.

Frau Köß erinnert daran, dass ihre Fraktion schon vor Jahren höhere Anlagen wegen ihrer größeren Effizienz befürwortet habe. Hinsichtlich des Natur- und Landschaftsschutzes würden größere Anlagen derselben Prüfung unterzogen wie kleinere.

Herr Voelker ist der Ansicht, dass die vorhandenen Anlagen nicht ausgelastet seien, den CO<sup>2</sup>-Ausstoß nicht verringerten und insgesamt ein ökologischer Schwindel seien.

**Beschluss:**

Bei 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

**8. Antrag der FDP-Fraktion "Gelbe Karte" Oelde - eine saubere Stadt**

**Vorlage: B 2006/IV/0765**

Herr Voelker erläutert den Antrag seiner Fraktion auf Einführung einer sogenannten „Gelben Karte“ (siehe Anlage). Bisher sei für den Bürger nicht ohne Weiteres erkennbar, welche Folgen ein Fehlverhalten haben könne. Er schlägt vor, konkrete Beträge für bestimmte Vergehen festzusetzen. Ziel sei es, die Öffentlichkeit und insbesondere Jugendliche darauf hinzuweisen, dass Abfall nicht einfach weggeworfen werden dürfe. Es könne nicht angehen, dass die Allgemeinheit dafür zahlen müsse.

Herr Tigges führt hierzu aus: In der Stadt Oelde sei bereits seit Jahren die „Ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Oelde“ in Kraft, die auch bußgeldbewehrte Regelungen z.B. bzgl. des Wegwerfens von Abfall oder der Verschmutzung durch Hundekot enthält. Die Regelungen werden durch den Fachdienst Öffentliche Sicherheit und Ordnung auch in Zusammenarbeit mit der Polizei umgesetzt. Es sei allerdings häufig schwierig, den Täter festzustellen bzw. ihn auf frischer Tat zu ertappen. Laut Herrn Tigges ist die Höhe der Verwarn- und Bußgelder durchaus festgelegt.

Auch Herr Tegelkämper hält es für nicht realisierbar, immer und überall zu kontrollieren. Er begrüße aber Umweltsäuberungs-Aktionen wie kürzlich in Lette durchgeführt.

Herr Voelker führt aus, dass er kein zusätzliches Personal vorschlage, sondern sich konkrete Handhabungen für das vorhandene Personal sowie Wirksamkeit in der Öffentlichkeit vorstelle.

Herr Tigges schlägt vor, den zusammen mit der Polizei ausgearbeiteten Katalog bekannt zu machen.

Nach weiterer Diskussion fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Bei 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wird der Antrag abgelehnt.

Die Verwaltung wird gebeten, Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf Bußgelder für Umweltvergehen zu betreiben.

**9. Sachstandsbericht Energie in städtischen Gebäuden - Entwicklung 2005**  
**Vorlage: M 2006/632/0768**

Die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen in städtischen Gebäuden wurde auch im Jahr 2005 erfolgreich fortgesetzt. So wurden insgesamt 27 % Wasser und witterungsbereinigt ca. 6,8 % Wärmeenergie eingespart. Herr Becker erläutert die Entwicklung in den vergangenen Jahren im Einzelnen anhand der beigefügten Tabellen (siehe Anlage) und die Gründe für die Einsparungen. So wurden in Zusammenarbeit mit den Hausmeistern z.B. durch den Einbau neuer Heizungen, die Erstellung von Konzepten und Optimierungsprozessen gute Erfolge erzielt. Er weist darauf hin, dass dem Einsparpotential dennoch Grenzen gesetzt sind.

Frau Brommann zeigt sich erfreut darüber, dass die Einbeziehung aller Nutzer und Ermittlung von Fehlerquellen diesen Erfolg erzielt habe.

Herr Tegelkämper begrüßt die Entwicklung und schlägt vor, auch Nutzer wie die Sportvereine zu informieren. Er weist darauf hin, dass das Gemeindeprüfungsamt die Maßnahmen positiv bewertet hat.

Herr Voelker spricht ebenfalls seinen Dank aus.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**10. Einsatz alternativer Energien (Pellets) am Beispiel der Norbert-Schule in Lette**  
**Vorlage: M 2006/632/0769**

Herr Becker gibt zunächst allgemeine Informationen über den Brennstoff Pellets, seine Vorteile und die Marktentwicklung in den vergangenen Jahren. Anhand des Beispiels der Berufsschule Beckum erläutert er die Anwendung in der Praxis. Dort sei man sehr zufrieden mit der Pelletheizung. In der Norbert-Schule in Lette wäre der Einbau einer Pelletheizung laut Herrn Becker sinnvoll und technisch unproblematisch machbar, was er anhand von Folien verdeutlicht. Nach 10 Jahren könnte sich die Anlage dort amortisiert haben.

Herr Tegelkämper bedankt sich für die gute Vorbereitung des Themas und berichtet von den positiven Erfahrungen des Kreises Warendorf mit der Pelletheizung an der Berufsschule Beckum. Es handele sich um eine sehr beeindruckende Anlage. Er möchte wissen, ob eine Leitung zur Turnhalle gelegt werden könne, um den dortigen Kessel nicht mehr in Anspruch nehmen zu müssen. Er bittet, die Arbeiten schnellstmöglich zu vergeben.

Herr Becker informiert über die technischen Daten des Kessels in der Turnhalle, der voraussichtlich noch lange funktionsfähig bleiben werde und bei Bedarf ohne viel Aufwand gut repariert werden könne. Ein Ausbau des Kessels sei insofern nicht optimal.

Frau Köß bedankt sich ebenfalls bei Herrn Becker und ist der Ansicht, dass nicht nur bei den Hausmeistern sondern auch bei den Rats- und Ausschussmitgliedern das Bewusstsein für den Einsatz regenerativer Energien gewachsen sei.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**11. Anlegung eines Feuchtbiotops im Baugebiet Stromberg  
Vorlage: M 2006/661/0770**

Im Rahmen der Ausbaumaßnahme „Zum Kreuzweg / Borgfeld“ in Oelde-Stromberg wurde die Löschwasserteichanlage „An der Bleiche“ aufgehoben und durch einen Graben ersetzt. Der Kreis Warendorf informierte sich vor Ort und stellte einen Eingriff in Natur und Landschaft fest, der ausgeglichen werden muss. Im Einvernehmen mit dem Kreis Warendorf und der Stadt Oelde wurde vereinbart, dass im Rahmen der Erschließung des Baugebietes Nr. 100 „Stromberg – westlich der Beckumer Straße“ der Ausgleich in Form der Anlage eines Kleingewässers (Feuchtbiotop) erfolgen soll. Herr Hauke erläutert anhand einer Folie den Standort und die wasserwirtschaftliche Notwendigkeit des Feuchtbiotops. Das Biotop fungiere nicht wie das daneben gelegene Regenrückhaltebecken als Regenverklärung.

Herr Helmers ist der Meinung, dass es sich bei der Anlage an der Bleiche, die ehemals zum Wäschewaschen genutzt wurde, nur noch um ein unansehnliches Wasserloch gehandelt habe. Die Anlegung des Feuchtbiotops als Ersatz stoße deshalb bei vielen Strombergern auf Unverständnis.

Herr Hauke meint, dass das Feuchtbiotop unter Umständen eine höhere Wertigkeit haben könne als die Anlage an der Bleiche. Das Regenrückhaltebecken als Biotop zu nutzen sei nicht möglich, da es nicht die Anforderungen erfülle, die an ein Biotop gestellt werden.

Frau Köß bestätigt, dass rechtlich und tatsächlich Regenrückhaltebecken keine Biotope seien. Die Umstände, unter denen die Anlage an der Bleiche beseitigt worden sei, seien in der Tat etwas widrig gewesen. Ein Ausgleich müsse aber dennoch geschaffen werden, da es sich um ein eingetragenes Gewässer gehandelt habe.

Herr Tegelkämper erinnert daran, dass das Thema auch im Rahmen der Etatberatungen ausführlich diskutiert worden sei. Eine Alternative gebe es wohl nicht.

Herr Voelker fragt, ob im Kreis- oder Stadtgebiet schon Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasser Richtlinien ergriffen wurde, die bis 2015 umgesetzt werden müssten.

**Nachrichtlich:**

Nach Auskunft des FD/SD Tiefbau und Umwelt wurde die Stadt Oelde bisher nicht in die Verfahren zur Umsetzung der „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik“ einbezogen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **12. Verschiedenes**

### **12.1. Mitteilungen der Verwaltung**

Entfällt

### **12.2. Anfragen an die Verwaltung**

Herr Tegelkämper bittet, in der Sitzung des Ausschusses am 30.11.2006 über die Erfahrungen mit der Umstellung der Entsorgung von Elektro-Schrott zu berichten. Seit dem 24.03.2006 werden diese Geräte nicht mehr im Rahmen der Sperrgutabfuhr eingesammelt, sondern müssen beim Wertstoffhof abgegeben werden.

Marita Brormann  
Vorsitzende

Heike Demmin  
Schriftführerin